

*Carl Alexander Kretschlow*, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz Pascha. Eine Biographie, Paderborn [u.a.]: Schöningh 2012, 747 S., EUR 68,00 [ISBN 978-3-506-77372-2]

Er war einer der prominentesten Militärs im Kaiserreich und erreichte kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sogar den Rang eines Generalfeldmarschalls. Doch rechte Freude konnte Colmar Freiherr v.d. Goltz darüber nicht empfinden, war ihm diese Beförderung doch nur für ein erfolgreiches Manöver und nicht für eine siegreiche Schlacht im Stile von Sedan (2.9.1870) zuteil geworden. Zeit seines Lebens träumte der fraglos befähigte Offizier aus verarmtem ostpreußischem Adel von einem hohen Truppenkommando in einem großen Krieg der europäischen Mächte, den er wie viele seiner Standesgenossen als unausweichlich ansah. Auf den Spuren seines großen Vorbildes Helmuth v. Moltke betätigte er sich nicht nur als überaus produktiver Militärschriftsteller, sondern begab sich auch für insgesamt zwölf Jahre in die Dienste des Sultans des Osmanischen Reiches.

Ob dies der wohlüberlegte Karriereschritt eines ambitionierten Generalstäblers war oder mehr die Flucht vor den zahlreichen Anfeindungen, denen sich der junge

Autor der einflussreichen Schrift »Das Volk in Waffen« ausgesetzt sah, lässt sein Biograf Carl Alexander Krethlow allerdings offen. Der in Bern lehrende Historiker zeichnet ein ambivalentes Bild dieses Offiziers zweier so höchst verschiedener Armeen. Den Wilhelminismus mit seiner prahlерischen Attitüde lehnte v.d. Goltz innerlich ab, doch dem auch in großbürgerlichen Kreisen schnell an Einfluss gewinnenden Bellizismus vertrat er vehement in vielen seiner Aufsätze und Denkschriften. Der mit seiner Brille wie ein Gelehrter wirkende Militär vermied allerdings im Ausland den typischen Standesdünkel oder das auftrumpfende Nationalpathos der meisten seiner Landsleute. Beim amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, Henry Morgenthau, entschuldigte sich der 72-jährige Feldmarschall sogar für sein Erscheinen in einer ordengesmückten Prachtuniform mit dem Hinweis, er komme direkt von einer Audienz beim Sultan.

Als einem der wenigen deutschen Militärs am Bosporus gelang ihm der emotionale Zugang zu vielen Offizieren und selbst zu den einfachen Soldaten der osmanischen Armee. Die kulturellen Besonderheiten des erodierenden multiethnischen Staates akzeptierte er dort, wo sie aus seiner Sicht militärischen Erfordernissen nicht widersprachen und bemühte sich ansonsten mit einem für Wilhelminer unüblichen Takt und mehr noch mit Beharrlichkeit, um auf die notwendigen Änderungen in Führung, Bewaffnung und Ausbildung hinzuwirken. Als Lehrer und Leiter der türkischen Kriegsschule in den 1880er Jahren prägte v.d. Goltz sogar eine ganze Generation ehrgeiziger osmanischer Offiziere, wobei ihm die rasche Beherrschung der türkischen Sprache – keineswegs selbstverständlich für deutsche Instruktionsoffiziere am Bosporus – eine wertvolle Hilfe war. Die gewöhnlichen Türken, denen er auf seinen ausgedehnten Erkundungsreisen in Anatolien begegnete, beurteilte er unabhängig von deren maroder Führungsschicht als ausdauernde, bedürfnislose und lernfähige Soldaten. Wie mit vielen seiner Einschätzungen zukünftiger Entwicklungen sollte er auch hierin Recht behalten.

Tatsächlich erlebte das türkische Volk in den 1920er Jahren unter einem starken neuen Führer wie Mustafa Kemal Ataturk die erhoffte und vielfach nicht mehr für möglich gehaltene Renaissance. Auch sein wiederholter Rat an den Sultan, den zukünftigen türkischen Staat unter »islamitischen« Vorzeichen ideologisch neu auszurichten, sich von dem ohnehin unhaltbaren europäischen Restbesitz zu lösen und stattdessen einen Schulterschluss mit den arabischen Völkern zu suchen, scheint sich inzwischen unter Racip Erdogan und dessen APK zu realisieren, wenn auch mit langer Verspätung. Mit geradezu verblüffender Treffsicherheit prognostizierte v.d. Goltz auch den Ausgang des Burenkrieges zugunsten der materiell überlegenen Briten. Im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen überraschte ihn auch die vollständige Niederlage Russlands gegen Japan nur sechs Jahre später kaum. Geradezu prophetisch wirkte sogar seine Vorhersage eines späteren amerikanisch-japanischen Krieges um die Vorherrschaft im Pazifik. Überhaupt sah er in den USA den zukünftigen Rivalen des Reiches, sobald sich die Deutschen gegen Großbritannien durchgesetzt haben würden.

Viele der von ihm referierten Beurteilungen des Generalfeldmarschalls kommentiert Krethlow mit einem gönnerhaften »Zu Recht«, um seinem Protagonisten dann aber oft noch im selben Abschnitt als irrationalen oder verantwortungslosen Kriegstreiber zu charakterisieren. Wirklich zusammen fügt sich das nicht, zumal der Verfasser hier anachronistisch seinen Protagonisten mit heutigen Maßstäben bewertet. Zwar war v.d. Goltz außergewöhnlich ehrgeizig, aber sein Wunsch, sich an der Spitze eines großen Truppenverbandes vor dem Feind zu bewähren, fügte

sich eben damals noch nahtlos in das Denken seiner militärischen Standesgenossen in fast allen Nationen. Goltz' frühe Vision eines zukünftigen großen Krieges als langwierige, maschinell geführte Auseinandersetzung ganzer Völker erwies sich im Rückblick als ungewöhnlich realistisch. Auch die spätere Rolle Ludendorffs als Diktator im Kriege sah er in der Figur Léon Gambettas bereits angedeutet. Krethlow spricht sogar von einer geradezu prophetischen Gabe des jungen Offiziers. Dass v.d. Goltz diesen totalen Krieg dennoch lebenslang erhoffte, kann nur aus heutiger Perspektive irritierend erscheinen. Im Kontext ihrer Zeit handelten jedoch v.d. Goltz wie übrigens auch der jüngere Moltke durchaus angemessen, wenn sie versuchten, den als unausweichlich beurteilten militärischen Zusammenprall der großen Mächte zu einem für das Reich scheinbar günstigen Augenblick herbeizuführen. Krethlows gebetsmühlenartig wiederholte Beschimpfungen seines Protagonisten als Hetzer und menschenverachtenden Kriegstreiber wirken daher pauschalisierend und beinahe zwanghaft, da sie das damalige Paradigma vom unvermeidlichen großen Krieg in fast allen Heeresleitungen Europas ausblenden.

Auch Krethlows Bemühungen, jeder im Text erwähnten ehemaligen ostdeutschen Stadt ihren heutigen polnischen oder russischen Namen in Klammern nachzustellen, wirken penibel und stören den Lesefluss. Warum heißt es dann im Text nicht auch Thionville statt Diedenhofen? Ebenso irritiert Krethlows altägyptisch wirkende Sprache. Über v.d. Goltz' Forderung nach einer größeren Bescheidenheit im preußischen Offizierkorps heißt es etwa auf S. 253: »Sie troffen [sic!] vor Scheinheiligkeit.« Weiterhin: »Eine seiner zahlreichen Denkschriften verfasste v.d. Goltz zu Handen [sic!] des Sultans« (S. 312). Ein gründlicheres Lektorat hätte vermutlich auch folgende Formulierung auf S. 306 noch korrigieren können, wo Krethlow im Umgangssargot über den Russisch-japanischen Krieg schreibt: »Insbesondere die japanische Methode, das Geschützfeuer auf die feindlichen Linien zu halten, bis dass [sic!] diese von der eigenen Infanterie überrannt wurden, [...].« Irritierend wirken da zudem die zahlreichen falsch gesetzten oder fehlenden Kommaten und auch das professorale »einerseits – andererseits« gehört wohl nicht mehr in einen modernen Text.

Gleichwohl ist dem Verfasser mit seiner Biografie des preußischen Generalfeldmarschalls ein beachtlicher Wurf gelungen, der über die genannten formalen Mängel hinwegsehen lässt. Geschickt kombiniert Krethlow chronologische und systematische Abschnitte zu einem lesenswerten Lebensbild eines vielschichtigen Offiziers, dessen Stärken eindeutig auf militärfachlichem und politischem Gebiet lagen. In das auf Europa beschränkte Weltbild des preußischen Casinos hatte er sich nie gefügt. Tatsächlich erscheint v.d. Goltz bereits als der engagierte Protagonist einer globalen Auseinandersetzung mit Großbritannien, die zunehmend den Mittleren Osten und Indien in den Blick nahm. Es gehörte fraglos zu Tragik seines beinahe 73-jährigen Soldatenlebens, dass v.d. Goltz seinen einzigen großen Sieg nicht mehr erlebte. Er starb am 19. April 1916 fern von Berlin in Bagdad als Befehlshaber der 6. Osmanischen Armee vermutlich an Flecktyphus, genau zehn Tage vor der Kapitulation General Charles Townshends bei Kut al Amara.

Klaus-Jürgen Bremm

*Erhard Oeser, Das Reich des Mahdi. Aufstieg und Untergang des ersten islamischen Gottesstaates 1885–1897, Darmstadt: Primus 2012, 208 S., EUR 24,90 [ISBN 978-3-86312-312-3]*

Die Geschichte des Mahdi-Aufstandes, seiner anfänglichen Erfolge und seiner schließlich Niederschlagung ist in ihren Grundzügen längst auch außerhalb der spezialisierten Fachwissenschaft bekannt und durch mehrere filmische Verarbeitungen einem breiteren Publikum ein Begriff. Umso gespannter darf man auf ein Werk sein, dessen Umschlagtext verspricht, »anschaulich Aufstieg und Fall des Mahdi-Reiches« zu erzählen und »differenziert die Anknüpfungspunkte für den heutigen politischen Islam« zu analysieren. Um es gleich vorwegzunehmen: Dem Buch des emeritierten Wiener Wissenschaftstheoretikers Erhard Oeser gebriicht es zwar nicht an Anschaulichkeit, die Analyse bleibt aber weitgehend außen vor.

Gestützt vor allem auf Erlebnisberichte und andere Selbstzeugnisse einiger Zeitzeugen – der beiden im Mahdi-Reich gefangengehaltenen Österreicher Josef Ohrwalder und Rudolf Slatin, dem als Generalgouverneur des Sudan von den Aufständischen getöteten Charles Gordon sowie dem an der britisch-ägyptischen Niederwerfung des Aufstandes beteiligten Winston S. Churchill –, kaum jedoch auf neuere Forschung, zeichnet das Buch detailliert die Ursprünge des Aufstandes, die wesentlichen militärischen Aktionen, die Niederschlagung durch Kitcheners Expeditionskorps und die anschließende Errichtung des anglo-ägyptischen Kondominiums über den Sudan sowie insbesondere das Schicksal der prominentesten europäischen Gefangenen nach. Der Fokus liegt dabei ganz eindeutig auf der personenzentrierten Ereignisgeschichte sowie auf der Schilderung von Kriegsgräueln und der Brutalität des Mahdi und seines Nachfolgers.

Leider mindern einige gewichtige Einwände die Qualität des Werkes beträchtlich: Erstens beschränkt sich die im Umschlagtext angekündigte Analyse der Anknüpfungspunkte an den gegenwärtigen politischen Islam auf die einführende Bemerkung, das Schicksal der europäischen Gefangenen im Mahdi-Reich lasse »erahnen, wie schwierig das durch die weltweite Mobilität der Völker immer drängender werdende Problem des Zusammenlebens zweier derart divergierender Kulturen ist«. Dies sei ein Lehrstück in Bezug auf »die Forderung nach der Einbindung des auf den Koran gegründeten islamischen Rechts, der Scharia, in die europäische Rechtsordnung«: »Denn an diesem realen Beispiel lässt sich zeigen, wie es ist, wenn man sich als Europäer der islamischen Kultur und ihrer Rechtsordnung beugen muss« (S. 9). Der diffus Huntingtonianische Ansatz wird über diesen reichlich schiefen Vergleich hinaus – Behandlung von Kriegsgefangenen in einem islamistischen Herrschaftsbereich vs. (vom Rezensenten keineswegs unterstützte) Forderung nach einer auf dem Personalprinzip beruhenden Rechtsordnung in Einwanderergesellschaften – nicht weiter vertieft.

Zweitens bleibt die Darstellung weitgehend an der ereignisgeschichtlichen Oberfläche, vernachlässigt jüngere Forschungszusammenhänge und -debatten – etwa um sich durch Asymmetrie, Transkulturalität und besondere Grausamkeit auszeichnende Kolonial- beziehungsweise Imperialkriege – und lässt den analytischen Blick auf den Forschungsgegenstand weitgehend vermissen. So bleiben strukturelle Besonderheiten der Herrschaft des Mahdi und seines Nachfolgers, aber auch eventuelle Parallelen etwa zu früheren aus Aufständen hervorgegangenen islamischen und anderen Herrschaftsgebilden sowie islamistischen Staaten des 20. und 21. Jahrhunderts im Dunkeln.

Drittens lässt der Verfasser die kritische Distanz zu seinen Quellen weitgehend vermissen. Quellenkritische und -typologische Bemerkungen sucht man vergebens und die Darstellung besteht über weite Strecken aus wörtlichen Zitaten oder ausgedehnten Paraphrasen der erwähnten Selbstzeugnisse. Die Nähe des Verfassers zu seinen Quellen geht bis in die Terminologie, wo wir in nicht als Zitate oder Paraphrasen gekennzeichneten Passagen Begriffe wie »Araberstamm« (S. 47), »Weiber« (S. 50), »mohammedanisch« (S. 11 und 52) oder »barbarisch« (S. 61) ohne Anführungs- und Schlusszeichen lesen. Auch das weitgehend aus den Erlebnisberichten übernommene Bildmaterial wird ohne quellenkritische Kommentare dargeboten.

Insgesamt ist das anzuseigende Buch für wissenschaftliche Zwecke kaum von Interesse – es sei denn, man möchte sich die Originallektüre der Erlebnisberichte ersparen – und vermag auch als populärwissenschaftliche Darstellung nur sehr bedingt zu befriedigen.

Christian Koller

*André Wessels*, *The Anglo-Boer War 1899–1902. White man's war, black man's war, traumatic war*, Bloemfontein: Sun Press 2011, 213 S., R 215.00 [ISBN 978-1-920383-27-5]

*André Wessels*, *A Century of Postgraduate Anglo-Boer War (1899–1902) Studies. Masters' and doctoral studies completed at universities in South Africa, in English-speaking countries and on the European Continent 1908–2008*, Bloemfontein: Sun Press 2010, 205 S., R 225,00 [ISBN 978-1-920383-09-1]

Peter Warwick machte zu Beginn der 1980er Jahre durch eine inzwischen einschlägige Publikation die Historiker darauf aufmerksam, dass der Südafrikanische Krieg, oft auch als Anglo-Boer War oder Burenkrieg bezeichnet, nicht nur eine militärische Auseinandersetzung zwischen den burischen Kommandos und den Streitkräften des britischen Empires gewesen ist, sondern dass auch die »nicht-weiße«, also (schwarz)afrikanische Bevölkerung in die Auseinandersetzungen einbezogen war. Seitdem wurde das Thema verschiedentlich bearbeitet. Bis heute hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Afrikaner nicht nur passive Opfer in dieser militärischen Auseinandersetzung waren, sondern durchaus auch aktive Teilnehmer. Dieser Umstand wurde jedoch erst relativ spät thematisiert.

Als einer der ersten Historiker Südafrikas beschäftigte sich André Wessels mit der Rolle der Afrikaner im Burenkrieg. Er lehrt an der Universität von Bloemfontein und ist wohl der bekannteste Militärhistoriker Südafrikas und ausgewiesener Spezialist für die Geschichte des Burenkrieges. Wessels hat nicht nur eine Vielzahl von eigenen Studien zu der Vorgeschichte und den Folgen, zum Verlauf und zu den Ursachen des Südafrikanischen Krieges vorgelegt, sondern eine ganze Reihe von entsprechenden Studien angeregt und betreut. Er wandte sich in den letzten Jahren immer wieder der Rolle der Afrikaner im Burenkrieg zu.

Mit der Unterjochung der im nördlichen Teil der heutigen Republik Südafrika lebenden ethnischen Einheit der Venda im Jahre 1898 war der militärische Widerstand der »freien afrikanischen Stämme« auf dem Staatsterritorium der damaligen burischen Republiken Transvaal und Oranje-Freistaat beendet. Der bewaffnete afrikanische Widerstand gegen die koloniale Unterjochung war gebrochen und so war es in der Historiografie bislang kaum bekannt, dass Afrikaner im britisch-burischen

Konflikt nicht nur Hilfsdienste auf der britischen und sogar auf der burischen Seite leisteten, sondern zuweilen eigenständige Ziele durch bewaffnete Aktionen verfolgten und damit die koloniale Ordnung an sich herausforderten.

Zudem litt die afrikanische Zivilbevölkerung mit am stärksten unter dem Kriegsgeschehen. Als die Briten mit dem Bau von Konzentrationslagern vornehmlich für burische Frauen und Kinder begannen, errichteten sie auch Konzentrationslager für Afrikaner – eine lange Zeit verschwiegene Tatsache in der südafrikanischen Geschichtsschreibung. Außerdem, und dies wurde erst in den letzten Jahren erforscht, wurden Afrikaner vom Krieg dadurch betroffen, dass sie in Abwesenheit der burischen Farmbesitzer die Verwaltung der landwirtschaftlichen Betriebe übernahmen, zu Kriegsdienstleistungen »aufkommandiert« wurden und selbst an der Seite ihres »Baas« als Diener, Koch, Ausrüstungs-, Pferde- und Gewehrfleger direkt an den Kämpfen beteiligt waren. Von Zerstörungen der Dörfer, Plündereungen, Vernichtung von Ernten und Vorräten war die afrikanische Bevölkerung ohnehin am Ärgsten betroffen. In den letzten Jahren wurde dies, vornehmlich in eng begrenzten örtlichen Charakter aufweisenden Artikeln thematisiert.

Solche nicht wenigen Einzelstudien, die zum Teil auch nur in regionalen Publicationsorganen veröffentlicht worden sind, hat André Wessels für das vorliegende Buch ausgewertet und die Ergebnisse zusammengefasst sowie diese mit eigenen Forschungsergebnissen angereichert. So ist diese Publikation wohl als die aktuellste, umfassendste, informativste und innovativste Arbeit zu dieser Thematik zu bezeichnen.

Sein Buch hat der Verfasser in drei Hauptkapitel, die jeweils untergliedert sind, eingeteilt. Im ersten Komplex werden Übersichten über die vier Phasen des Kriegsgeschehens geboten. Innerhalb der Phasen werden die Kriegshandlungen an den einzelnen Fronten nachgezeichnet.

In den beiden anderen Abschnitten wird die Einbeziehung der sogenannten Schwarzen, Coloureds sowie Südafrikaner asiatischen Ursprungs in die Kämpfe des Anglo-Burischen Krieges geschildert. Einzelne Kapitel behandeln recht eingehend die Frage, inwieweit es sich bei diesen »nicht-weißen« Kämpfern, wenn sie dann auf der gegnerischen Seite mitfochten und gefangen genommen wurden, um solche mit einem Kombattanten-Status handelte. Eine befriedigende Antwort auf die letztlich völkerrechtliche Frage vermag Wessels nicht zu geben. Damals sahen beide Seiten diese Angelegenheit mehr oder minder als eine theoretische und behandelten die gefangenen Afrikaner kaum als Kriegsgefangene.

Aber der Verfasser beschränkt sich nicht nur auf die Schilderung der Geschichte der Kampfhandlungen und die Darstellung des Einsatzes von Nicht-Weißen in dieser militärischen Auseinandersetzung, die im Gegensatz zu sonstigen Kolonialkriegen, weltweite Aufmerksamkeit erregte. Er weist auch darauf hin, dass der Burenkrieg den Grundstein legte für die Gründung der Südafrikanischen Union im Jahre 1910. Wenngleich Wessels auch hier die nicht-weiße Bevölkerung und ihre Handlungen und Interessen in seiner Darstellung einbezieht, kommt die Frage, inwieweit gerade auf burischer Seite die Ängste vor der »schwarzen Gefahr« in der letzten, der »Guerilla Phase«, des Krieges eine Rolle gespielt haben, bei der Bereitschaft, den Friedensvertrag von Vereeniging zu unterzeichnen, recht kurz weg. Der Rezensent ist der Meinung, dass dieser Komponente – die nicht zuletzt durch Aussagen deutscher Kriegsteilnehmer genährt wird – viel zu wenig Beachtung in der bisherigen Historiografie geschenkt worden ist.

Hat Wessels seine Thesen, Schilderungen und Forschungsergebnisse schon mit einer Vielzahl von Quellen und Verweisen auf Fachliteratur ausgewiesen und sachlich begründet, so ist das zweite hier vorzustellende Buch eine wahre Fundgrube an relevanten Quellen zur südafrikanischen Militärgeschichte, vornehmlich natürlich zum Burenkrieg. Detailliert und zugleich übersichtlich werden alle in Südafrika sowie aus den englischsprechenden Ländern an Universitäten und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen verteidigten akademischen Qualifizierungsschriften, die sich in irgendeiner Weise mit dem Burenkrieg beschäftigen, bibliografiert. Durch ein übersichtliches Ordnungsprinzip sind die informativen Daten relativ leicht zu erschließen und dann auch zu nutzen. Ausführliche Erläuterungen zu den Benutzungshinweisen und zu den wichtigsten Entwicklungslinien der militärgeschichtlichen Literatur über den Burenkrieg ermöglichen den notwendigen Zugang zu den gebotenen Informationen.

Beide hier vorgestellten Bücher bereichern die quantitativ bedeutende Literatur zu dem weltpolitisch herausragenden, für die südafrikanische Geschichte schicksalsbestimmenden, militärtechnisch interessanten, an Verlusten verheerenden und für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Süden Afrikas allumfassendsten Krieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

*Ulrich van der Heyden*

*Verena Steller*, Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handlungsformen in den deutsch-französischen Beziehungen 1870–1919, Paderborn [u.a.]: Schöningh 2011, 557 S., EUR 69,00 [ISBN 978-3-506-77166-7]

Am 8. Juli 1962 dokumentierten Adenauer und de Gaulle in ihrer »Versöhnungsmesse« in der Kathedrale in Reims die Kraft symbolischen Handelns in der Außenpolitik, 50 Jahre später wiederholten Merkel und Hollande am selben Ort dieses Zeremoniell. In einer engen Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik war auch die angestrebte Wirkung nach innen jeweils unverkennbar. Vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund gilt der vorliegenden Bochumer Dissertation besondere Aufmerksamkeit. Denn ihre Verfasserin will sich in ihrem interessanten Beitrag zur Kulturgeschichte der Diplomatie mit der »Frage nach der Verfasstheit der Diplomatie bzw. ›des Diplomatischen‹ [...] anhand von symbolischen Handlungsformen der Diplomatie in den deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1919 beschäftigen« (S. 8 f.). Sie rückt die Interaktion »von Angesicht zu Angesicht« (face-to-face-Diplomatie) zwischen den diplomatischen Akteuren und die sich über ein halbes Jahrhundert wandelnde Praxis diplomatischer Handlungsformen in den Mittelpunkt ihrer Studie und bewegt sich damit methodisch im Schnittpunkt von Ereignis- und Strukturgeschichte, von politisch-diplomatischen, kulturgeschichtlichen und soziologischen Deutungen. Zwar liegt der Fokus der Analyse auf den deutsch-französischen Beziehungen im engeren Sinne, diesebettet die Autorin jedoch in ein sich ständig erweiterndes multilaterales diplomatisches Beziehungsgeflecht des europäischen Mächtekonzertes mit seinen Kontinuitätslinien und Brüchen ein. Sie liefert eine breit gefächerte Geschichte der Diplomatie und ihrer wichtigen symbolkräftigen Machtinstrumente, des Protokolls und des Zeremoniells.

Das Buch ist chronologisch in vier umfangreiche Fallstudien symbolischen Handelns gegliedert. Der erste Teil thematisiert die »Grundlagen diplomatischer Repräsentation 1870/71« am Beispiel des schwierigen Prozesses der Friedensbah-

nung zwischen Deutschland und Frankreich 1870/71. Er war u.a. dadurch belastet, dass Bismarck als bestimmender Faktor der Außenpolitik ihm dauernd Steine in den Weg zu legen versuchte, sowie durch den Gründungsakt des Kaiserreich im Spiegelsaal von Versailles »auf symbolische Kosten Frankreichs« (S. 85). In der ausführlichen Schilderung der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Paris als Teil »einer diplomatischen Reintegration der marginalisierten Republik« (S. 29) verweist die Autorin u.a. auf die hohe Bedeutung des kaiserlichen Akkreditierungszeremoniells in Berlin für die Konstituierung des neuen französischen Staates, auf die wichtige überkommene Rolle des Adels und des adeligen Habitus in der internationalen »famille diplomatique« auch noch für die Außenbeziehungen des republikanischen Frankreichs und seine staatliche Autorität sowie auf den Zusammenhang von »Repräsentation, Legitimation und Autorität des Regierungshandelns« (S. 58).

Die Annäherung zwischen Frankreich und Russland nach der Nickerneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890 bis zum Inkrafttreten der russisch-französischen Militärkonvention am 27. Dezember 1894 wird gewöhnlich interpretiert als ein wichtiger Schritt für eine macht- und kapitalpolitische Neugruppierung in Europa und als Beginn der außenpolitischen Isolierung Deutschlands im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Auch hier erschließt die Verfasserin im zweiten Teil »Die Macht des Protokolls: Kronstadt – Toulon – Kiel, 1890–1995« die wichtige Dimension symbolischen Handelns. Denn die pompös aufgezogenen Inszenierungen der beiden Flottenbesuche in der russischen und der französischen Hafenstadt hatten nicht nur die Funktion, die im Geheimen zwischen Diplomaten und Militärs ausgehandelte Annäherung repräsentationspolitisch zu flankieren, sondern sie auch Öffentlichkeitswirksam mithilfe eines sorgfältig ausgetüftelten zeremoniellen Protokolls in den Bevölkerungen der Republik und des Zarenreiches zu verankern, ohne dass dabei das Arkanum der Diplomatie verletzt wurde. So wurden die Flottenbesuche unter den wachsamen Augen deutscher Beobachter zu »Schlüsselergebnissen« »für die auswärtige Repräsentation Frankreichs und repräsentationspolitische Wendepunkte in den deutsch-französischen Beziehungen« (S. 117). Frankreichs Isolierung war nach dem Ende des »System Bismarck« aufgebrochen, die Republik wieder »hoffähig« und auch nach innen stabilisiert.

Die feierliche Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals im Juni 1895 wurde als gezielte »Antwort« auf Kronstadt und Toulon im Beisein des Kaisers sowie eines französischen und eines russischen Geschwaders und vieler auswärtiger Gäste ebenfalls mit einem aufwendigen protokollarischen Zeremoniell als Machtdeemonstration auf dem Wege zur Weltmacht inszeniert. Der Akt galt als Testfall für die deutsche Außenpolitik und die Beziehungen zu den beiden Flügelmächten.

Im dritten Teil über die »Organisation des Friedens« beschäftigt sich die Autorin eingehend mit den dramatischen Herausforderungen, vor denen Diplomaten als »Streitschlichter« und »Friedensmanager« im Übergang von der »alten«, noch wesentlich europäisch zentrierten Diplomatie zur modernen, weltweiten »Diplomacy of Imperialism« standen. Im Mittelpunkt ihrer Analyse steht die erste Haager Friedenskonferenz 1899 mit der internationalen Verrechtlichung, Normierung und Kodifizierung von Konfliktregulierungen im »Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle« vom 29. Juli 1899 und der anschließenden Etablierung des »Ständigen Schiedshofs« in Den Haag. Das überkommene diplomatische Repertoire zur Streitbeilegung – gute Dienste, bilaterale Verhandlungen, Mediation und Arbitrage – erfuhr in Den Haag mit dem kodifizierten fakultativen

Schiedsverfahren und einem verbindlichen Prozedere eine wichtige und vor allem weltweit akzeptierte Erweiterung. Ausführlich diskutiert Steller die konkreten Herausforderungen des modernen Massenzeitalters für das Selbstverständnis und die Funktionen der »alten« Diplomatie: etwa das gespannte Verhältnis zwischen Diplomaten und Völkerrechtlern mit dem »diplomatischen Vorbehalt«, die Einordnung des überkommenen bilateralen »face-to-face-Mechanismus« der Diplomatie in ein internationales Beziehungsgeflecht oder den wachsenden Druck der Öffentlichkeit, vor allem der Friedensbewegung in Richtung auf Transparenz und demokratische Kontrolle gegen das vertrauliche Arkanum der Diplomatie. Im Mittelpunkt des abschließenden überblicksartigen Abschnittes dieses dritten Teiles »Konferenzdiplomatie und Konfliktbewältigung vor 1914« steht die erste Marokkokrise 1905/06, die als politischer Konflikt nicht Den Haag unterlag. Als Ausdruck der modernen »Diplomacy of Imperialism« bringt die Autorin ihren Ablauf in einer etwas überraschenden Formulierung auf den Dreiklang von symbolhaltiger provozierender »Kanonenbootdiplomatie« (Tangerlandung des Kaisers!), anschließender diplomatischer »Politik der Stille« zwischen Berlin und Paris und am Ende einer »offensiven Konferenz« in Algeciras. Für die Julikrise findet die Autorin die knappe Formel »Kriegseintritt 1914: Nullkommunikation und Bruch mit den diplomatischen Usancen« (S. 357).

Nahtlos schließt sich an das Fiasko der »alten« Geheimdiplomatie 1914 im vierten Teil die ausführliche Darstellung der Pariser Friedenskonferenz 1919 unter der zentralen Fragestellung nach dem schwierigen und am Ende misslungenen Übergang von der »alten« Geheimdiplomatie zur »neuen« offenen Diplomatie im Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten in Versailles an. Im ersten seiner »14 Punkte« formulierte der US-Präsident W. Wilson vor dem Kongress am 8. Januar 1918 die Leitfunktion der künftigen »neuen Diplomatie« als »open diplomacy« für die Neufundierung des Verhältnisses zwischen Diplomatie und Demokratie, Diplomatie und Öffentlichkeit. Seine Absage an die Geheimdiplomatie verband er mit der Forderung nach der Öffentlichkeit internationaler Verhandlungen und Friedensverträge. Wenn die deutsche Friedensdelegation auf dieses Versprechen setzte, sah sie sich ebenso wie die europäische Öffentlichkeit in ihrer großen Erwartungshaltung gegenüber diesem Testfall der »neuen Diplomatie« bitter getäuscht. Die »alte« Geheimdiplomatie feierte in Paris wieder Triumphe, um die Streitigkeiten zwischen den Alliierten nicht an die Öffentlichkeit dringen und damit der deutschen Delegation keine taktischen Vorteile zukommen zu lassen. Eklatante Defizite in der Presse- und Informationspolitik, der Verzicht auf diplomatische Expertise in der Vorbereitung und Steuerung der Friedenskonferenz und ihre allgemeine Regellosigkeit ließen den bekannten britischen Diplomaten und Historiker Harold Nicolson, selbst Delegationsmitglied, »halbtot vor Müdigkeit und Empörung« (S. 412) ins Bett sinken. Er fühlte sich »in ein kreischendes Papageienhaus versetzt« (S. 433). »To bed, sick of life« (S. 460). In der seitenlangen Darstellung von allgemein längst Bekanntem interessieren die kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Akzente in der Darstellung der Szenen zwischen dem 18. Januar und dem 28. Juni 1919, die die Verfasserin als Visualisierung von Politik setzt: Körpersprache, Mimik und Gestik der Protagonisten, Rituale und Zeremonien, Sitzordnungen und teilweise drastische Symbolhandlungen bis hin zur Einladung von fünf schwer gesichtverletzten französischen Opfern des Krieges durch Clemenceau bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die Dissertation stellt eine – für ein »Erstlingswerk« – profunde und anerkennenswerte wissenschaftliche Leistung vor allem in der gründlichen und stets zielgerichteten Erschließung archivalischer Bestände »Politische Korrespondenz« und »Protokoll/Zeremoniell« in beiden Ländern, autobiografischer Selbstzeugnisse und Korrespondenzen der Beteiligten sowie der umfangreichen Literatur dar. Leider ist sie mit oft überfrachteten Sätzen, Wiederholungen und der Präsentation von längst Bekanntem besonders im vierten Teil nicht immer leserfreundlich. Eine Straffung hätte ihr gut getan.

Bernd Jürgen Wendt

*Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914.* Hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn [u.a.]: Schöningh 2011, 368 S., EUR 39,90 [ISBN 978-3-506-77168-1]

Bestimmt für ein breiteres Publikum stellen die Autoren dieses Sammelbandes ihre Beiträge jenseits der politisch-emotionalen Auseinandersetzungen um die Fischer-Kontroverse durchgängig unter die Leitfrage vom europäischen Normalfall. Die Perspektive eines deutschen Sonderweges wird kritisch hinterfragt und dem eine dezidierte Ambivalenz im Selbstverständnis wie in der Außenansicht des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg entgegengestellt. Schon die einführende Fragestellung nach dem historischen Ort des Kaiserreichs plädiert für eine ergebnisoffene Debatte. Sie setzt sich damit ab von einer Deutung, als sei deutsche Geschichte geradezu auf den Nationalstaat als Königsweg hinausgelaufen. Noch zwischen 1866 und 1870 musste demgegenüber der Weg dahin militärisch erzwungen werden, stand er doch im Gegensatz zum tief verwurzelten föderativen Bewusstsein bei den Eliten wie in der Gesellschaft. Erst seine Erfolge in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht, aber auch sein gewachsener Einfluss im europäischen Mächtekonzert verschafften dem neuen Nationalstaat nachträglich breitere Plausibilität. Und nach seinem machtpolitischen Scheitern würde der Rückgriff auf die tieferen föderalen Wurzeln wesentlich zur Stabilisierung der Bundesrepublik in europäischem Kontext beitragen. Gerade weil der Wilhelminismus jedoch seine schärfsten Ausprägungen unter den Herausforderungen des Weltkrieges erfuhr, hätte man sich zumindest in der Einführung eine eingehendere Begründung für die Beschränkung auf die Friedenszeiten gewünscht.

Wie anregend der facettenreichere Blick auf den Wilhelminismus in seiner Blütezeit sein kann, machen die gut gewählten Einzelaspekte aus innen- wie außenpolitischer Perspektive sichtbar. Die prägendsten Erfolgserlebnisse vermittelten den Zeitgenossen in- wie außerhalb des prosperierenden Reiches dabei zweifellos sein rasanter ökonomischer Aufstieg. Er brachte dem Agrarland der ersten Jahrhunderthälfte mit seinem verbreiteten Pauperismus und seinen Auswanderungswellen binnen weniger Jahrzehnte einen europäischen Spitzenplatz ein. Dass diese Dynamik zusammen mit einer im internationalen Vergleich durchaus progressiven Sozialpolitik bei allen gesellschaftlichen Verwerfungen auch wesentlich zur inneren Stabilisierung beitrug, wird deshalb einem als überzeichnet bewerteten Bild vom reaktionären »Bündnis der Eliten« entgegengestellt. Auch an der Deutung vom »organisierten Kapitalismus« werden mit Blick auf die inneren Divergenzen zwischen Industrie, Handwerk, öffentlichen Diensten und Landwirtschaft kräftige Retuschen vorgenommen. Gerade der nahezu ungebremste wirtschaftliche Auf-

stieg nahm für die europäischen Konkurrenten indes schnell bedrohliche Züge an. Beim scheinbar unausweichlichen Weg in den Krieg darf allerdings die unübersehbare Zurückhaltung wesentlicher Teile der exportorientierten deutschen Großindustrie nicht außer Betracht bleiben.

Noch deutlicher zeigt das kulturelle Leben, wie dringlich eine Neubewertung des Kaiserreichs als antimodernistisch inzwischen geworden ist. Gegen eine Überschätzung der kaiserlichen Interventionen in den Kulturbetrieb wird man vielmehr einen sich stürmisch und eigenständig entwickelnden Kunstmarkt als die eigentliche regulative Kraft anzusehen haben. Nur so lässt sich etwa die erhebliche Spannweite von der staatlich geförderten Historienmalerei bis zum Sezessionismus und Jugendstil erklären, bei der die Etablierten in wachsende Konkurrenz zu Extravaganten und Außenseitern gerieten. Die vermeintliche Dominanz einer von oben gewünschten Kulturentwicklung machte vielmehr einem Nebeneinander von Hof-, Bürger- und Volkskunst Platz, die sich durchaus messen konnte mit europaweiten Entwicklungen. Ähnlich vergleichbar präsentieren sich auch gesellschaftliche Entwicklungen, die anhand der »Frauen-« und der »Judenfrage« thematisiert werden. So kam mit Blick auf den steilen Arbeitskräftebedarf einer wachsenden Wirtschaft zwar auch Bewegung in die Geschlechterbeziehungen. Beleg dafür war eine allerdings wesentlich auf Mittel- und Oberschichten begrenzte Flut von Frauenvereinen. Wirksame gesellschaftliche Veränderungen wurden davon freilich selbst im Weltkrieg kaum angestoßen. Ähnliches gilt für die Problematik des jüdischen Bevölkerungsteils. Gesetzlich fixierte Gleichberechtigung fand im Regelfall ihre kaum zu überwindenden Grenzen bei Karrieren im öffentlichen Dienst und Militär wie in der Diplomatie und der Wissenschaft. Die christliche Taufe als Ausweg wurde allerdings nur von einer Minderheit beschritten. Assimilation traf auf vehementen nationalistischen Ablehnung, ohne dass dies bereits parteipolitisch nennenswert ins Gewicht gefallen wäre.

Besonders scharf wurden in den zurückliegenden Jahrzehnten die Entwicklung von Kolonialismus und Militarismus im Kaiserreich gezeichnet. Doch selbst hier gibt es gute Gründe für modifizierte Perspektiven. So haben die blutigen Niederschlagungen von Aufständen in Ost- und Südwestafrika zu einer wohl überzogenen Kontinuitätsthese vom Kaiserreich nach Auschwitz geführt. Dem standen nämlich in der Verwaltungspraxis der einzelnen Kolonialgebiete sehr unterschiedliche Vorgehensweisen gegenüber, die sich nicht selten sogar progressiv abhoben von den übrigen Kolonialmächten. Auch die unzweifelhaften militärischen Vorlieben von Eliten und Gesellschaft im Wilhelminismus wären so einzigartig nicht, würde man einmal konsequent internationale Vergleichsmaßstäbe anlegen. Dabei behinderte ein »doppelter Militarismus« im Reich sich wechselseitig, unterließ man es aus Sorge vor vermeintlich unzuverlässigen Bevölkerungsschichten doch, eine durchgängige Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zur vollen Auschöpfung der personellen wie materiellen Ressourcen für Kriegsführungszwecke zu riskieren. Den Gipelpunkt erreichte dies in der Julikrise 1914, als sich die Politiker auf die jahrelangen Zusagen der Militärs von einem möglichen kurzen Krieg verließen, während der Chef des Generalstabs im Bewusstsein mangelhafter Kriegsvorbereitung eher zu bremsen versuchte. Eben weil Moltke den wachsenden Rüstungsvorsprung der Ententemächte als immer besorgniserregender einschätzte, blieb ihm in der Krise letztlich nur das Drängen auf den Präventivschlag, wenn er sich nicht binnen weniger Jahre zur Kriegsunfähigkeit verurteilt sehen wollte – eine für das Reich fatale Einschätzung!

Ein Überblick über ihre Grundzüge sieht die deutsche Außenpolitik der Vorkriegszeit in einem permanenten Schwanken zwischen Entspannungssignalen und Säbelrasseln. Da das Ganze indes nach innen als »Politik der Stärke« verkauft wurde, mussten militärische Optionen jederzeit mit ins internationale Mächtespiel eingebracht werden. Je mehr sich daher im »Kalten Krieg« vor 1914 die Bündnisantagonismen zwischen Mittelmächten und Entente verhärteten, umso wahrscheinlicher wurde der Ausweg in den großen Krieg. In der Julikrise 1914 hätte dann zwar eine zunehmende Globalisierung in den internationalen Verhältnissen durchaus Alternativen zur militärischen Konfliktaustragung bereitgehalten. Nur wurden solche Veränderungsprozesse von den politischen Entscheidungsträgern aller Seiten nicht wirklich als Transformation in den Staatenbeziehungen wahrgenommen. Überzogene Bedrohungsperzeptionen der traditionell bellizistisch orientierten Eliten ließen letztlich alle Beteiligten in fatalistischer Risikobereitschaft verharren, was dann den Krieg in der Tat unvermeidlich machte. Zunehmend sahen sich die Politiker dabei allerdings auch von einem neuen Faktor angetrieben: einer immer breiteren und aufgeheizteren öffentlichen Meinung. Besonders deutlich trat dies in Großbritannien zutage, wo sich nach 1890 binnen weniger Jahre das Bild vom saturierten Deutschen Reich zum bedrohlichen Parvenu wandelte. Die Unberechenbarkeiten Kaiser Wilhelms II. gaben dafür nur die äußeren Anlässe, wesentlicher wurden schnell die wachsenden Bevölkerungs- und Wirtschaftspotenziale. Kulturelle Faktoren europäischer Gemeinsamkeiten wurden demgegenüber auch in Frankreich und Russland zu vernachlässigenswerten Größen. Gerade am russischen Beispiel kann man dabei ablesen, wie sehr sich frühere prodeutsche Auffassungen in den zivilen wie militärischen Führungselen von einer zunehmend anti-deutsch aufgeladenen öffentlichen Meinung überspülen ließen. Variabler blieben demgegenüber die öffentlichen Diskurse beim anderen Neuling in der internationalen Mächtekonstellation, im japanischen Kaiserreich. Insbesondere im von preußischen Offizieren modernisierten Heer dominierten bis in den Krieg hinein starke prodeutsche Strömungen. In den deutschen Reichsteilen des einzigen sicheren Verbündeten Österreich-Ungarn schwankte die Wahrnehmung des Reiches dagegen zwischen Bewunderung für dessen wirtschaftliche Dynamik und seine militärische Stärke und Klagen über den geistig-kulturellen Niedergang seiner Eliten, für den man jederzeit Belege aus den Taktlosigkeiten Wilhelms II. schöpfen konnte. Bei der eigenen wachsenden internationalen Isolierung blieb für die Österreicher freilich keine Alternative zu ihrer Anlehnung an den deutschen Partner. Ganz im Sinne einer modernen Kulturgeschichte werden insgesamt Fragen der wechselseitigen Wahrnehmung gerade in den internationalen Beziehungen mindestens gleichgewichtig zur Einschätzung der Realitäten, wenn nicht gar in Krisenzeiten zu vorrangigen Antriebskräften.

Bruno Thoß

*Hanns Christian Löhr*, Die Gründung Albaniens. Wilhelm zu Wied und die Balkan-Diplomatie der Großmächte 1912–1914, Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang 2010, 281 S., EUR 39,80 [ISBN 978-3-631-60117-4]

Die vom Berliner Historiker Hanns Christian Löhr vorgelegte Studie über die Gründung Albaniens beschreibt die Endphase des auf dem Wiener Kongress 1815 etablierten Konzerts der europäischen Führungsmächte vom Ende des Ersten Balkan-

krieges 1912 bis hin zur Juli-Krise 1914 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der gleichsam das endgültige Scheitern der Diplomatie der europäischen Pentarchie bedeutete.

Löhr gelingt es durch die Verknüpfung der albanischen Nationalgeschichte mit der krisenhaften Verkettung außenpolitischer Manöver der europäischen Mächte der historischen Forschung zur Vorgeschichte der »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« eine weitere Perspektive hinzuzufügen. Das hier am Beispiel der Gründung Albaniens gezeigte Interagieren Russlands, Österreich-Ungarns, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands auf dem diplomatischen Parkett der 1912 zur Neuregelung der Zukunft des Balkans einberufenen Botschafter-Konferenz in London vermittelt dem Leser einen detaillierten Eindruck von den langwierigen und zuweilen ermüdenden Verhandlungen sowie von den Mitteln und der gelegentlichen Ohnmacht der Diplomatie am Vorabend des Ersten Weltkriegs.

Im Zuge der durch die Ergebnisse des Ersten Balkankrieges eingetretenen neuen territorialen Gegebenheiten auf der Balkanhalbinsel nutzten die europäischen Großmächte ihre während des Berliner Kongresses 1878 ausgehandelten Vorrrechte, um aus den Trümmern der europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches einen neutralen Pufferstaat zu schaffen: Albanien. Diese Bemühungen wurden allerdings sowohl von der Uneinigkeit und den Widersprüchen innerhalb des europäischen Mächtekonzerts als auch durch den Widerstand der Balkanstaaten gegen die Vorrrechte der Großmächte behindert. Der stark anwachsende Nationalismus in den Balkanstaaten äußerte sich zunehmend in Auflehnung gegen die Beschlüsse der Großmächte. Dies wiederum führte, wie Löhr feststellt, zu einer grundsätzlichen Ablehnung der durch das europäische Konzert garantierten Friedensordnung. Das seit 1815 bestehende internationale politische System der europäischen Staatenwelt sah sich somit grundsätzlich infrage gestellt. Während der Verhandlungen der Botschafter in London verbanden sich der Dualismus der beiden Balkanmächte Österreich-Ungarn und Russland und die prinzipielle Konkurrenz der Bündnisssysteme Dreibund und Entente, die sich schließlich wechselseitig verstärkten. Folglich versuchten die Großmächte in erster Linie das eigene Bündnis zu stärken sowie die albanische Staatsgründung zu einem Werkzeug ihrer eigenen Interessen zu machen. So spielte bei der Definition der Grenzen Albaniens das Nationalitätenprinzip eine untergeordnete Rolle. Der Umstand, dass etwa ein Drittel der albanischen Bevölkerung aus dem neuen Staat ausgeschlossen wurde, bedeutete schließlich für die gesamte Region eine schwere Hypothek, die sich auch auf die weitere Ausgestaltung des albanischen Staatswesens negativ auswirken sollte.

Eine weitere Frage, welche die diplomatischen Vertreter der Großmächte in London zu klären hatten, war die nach einer Person, die für die Besetzung des albanischen Throns in Betracht kam. Die Wahl eines möglichen Fürsten von Albanien beschäftigte in besonderem Maße Österreich-Ungarn und Italien, als am meisten an Albanien interessierte Staaten. Die Adriamächte einigten sich schließlich auf einen Kompromisskandidaten: Wilhelm Prinz zu Wied. Der deutsche Prinz verdankte seine Wahl vor allem der Tatsache, dass er Protestant war und somit keiner der in Albanien ansässigen Konfessionen angehörte. Wie Löhr aufzeigt, gelang es Wied aber nicht, eine aktive Politik zur Sicherung des neuen albanischen Nationalstaats zu gestalten. Durch seine Passivität wurde der Prinz Opfer der politischen Gegenkräfte im Lande. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges endete die kurze Re-

genschaft des Prinzen zu Wied als Fürst von Albanien. Die Abreise Wieds am 3. September 1914 markierte gleichzeitig das vorläufige Scheitern der Gründung eines albanischen Staates.

Löhr kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass die langwierigen Verhandlungen über die albanische Staatsgründung bei den Regierungen der Großmächte das Vertrauen in den Konzertgedanken schwinden ließ. Die entlang der beiden bestimmenden Bündnissysteme verlaufenden Gegensätze traten gegenüber dem Willen zur Zusammenarbeit im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens zunehmend in den Vordergrund. Löhr sieht demnach das Konzept des friedlichen Ausgleichs durch diplomatische Verhandlungen im Rahmen des europäischen Mächtekonzerts bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges als gescheitert an. In der Juli-Krise 1914 setzte sich endgültig in den Hauptstädten der europäischen Großmächte die vorherrschende Ansicht durch, dass durch die Mittel der Diplomatie ein Krieg nicht mehr verhindert werden könne. Vor diesem Hintergrund erscheinen die diplomatischen Auseinandersetzungen der europäischen Großmächte im Zuge der Gründung des Staates Albanien als Schlussakkord im zunehmend disharmonisch klingenden diplomatischen Konzert der europäischen Großmächte.

Christian Senne

*Timothy C. Winegard, Indigenous Peoples of the British Dominions and the First World War, Cambridge: Cambridge University Press 2012, XVII, 312 S. (= Cambridge Military History), £ 60.00 [ISBN 978-1-107-01493-0]*

Die Geschichte indigener Soldaten in den Einheiten der als »Dominions« bezeichneten britischen Siedlungskolonien mit Selbstverwaltungsrechten – Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland und Südafrika – während des Ersten Weltkrieges ist bereits Gegenstand verschiedener Einzelstudien gewesen. Das anzuzeigende Buch ist aber die erste umfassende komparative Studie, welche die Kriegserfahrung der indigenen Bevölkerung aller Dominions umfasst und in die längerfristige Entwicklung ihres Status in den Dominions sowie der Beziehung der Letzteren zum britischen Empire einordnet. Der Verfasser, Spezialist für die Geschichte der kanadischen »First Nations«, stützt sich dabei auf umfangreiche Archivrecherchen in 17 Institutionen auf fünf Kontinenten.

Ausgangspunkt des Buches ist die Feststellung, dass der Erste Weltkrieg in Bezug auf die Dominions in zweierlei Hinsicht einen Kampf für Gleichheit und Autonomie darstellte. Die Regierungen der Dominions, die teilweise sub-imperialistische Ambitionen hegten, und die europäischstämmigen Bevölkerungsmehrheiten hofften, durch loyale Unterstützung des Empire ihre eigene Position zu verbessern. Eine im Grunde ähnliche Strategie verfolgten die Indigenen, die durch ihren Kriegsdienst die Anerkennung ihrer Forderungen durch Krone und Dominions zu erlangen trachteten. Um das wesentliche Resultat der Studie vorwegzunehmen: Die Strategie der Dominions, deren Kriegserfahrung eine Verfestigung nationaler Identitäten nach sich zog, ging auf. Dagegen hatten die Indigenen, die insbesondere darauf hofften, dass London auf die Dominions zu ihren Gunsten Druck ausüben würde, mit ihrer Absicht keinen Erfolg.

Die ersten vier Kapitel geben einen guten Überblick über die Ausgangslagen mit allgemeinen Ausführungen zur Entwicklung der Siedlungskolonien und des

Status der Indigenen in ihnen sowie zu den relevanten Rassenstereotypen bei der Rekrutierung, zur Integration von Indigenen in die kolonialen Streitkräfte vor 1914 sowie zur einschlägigen Gesetzgebung in den »Dominion defence acts«. Trotz teilweise markanter Unterschiede – der politischen Rechtlosigkeit der Indigenen in Nordamerika, Südafrika und Australien stand etwa in Neuseeland das Wahlrecht der Maori gegenüber – bestand in keinem der fünf Dominions Gleichberechtigung der Indigenen weder in der politischen noch in der Wehrverfassung.

Die folgenden drei Abschnitte diskutieren die Entwicklung der Rekrutierung von Indigenen zwischen 1914 und 1918. Zwar vermochten die Indigenen ihre bei Kriegsbeginn eingenommene Position als »subjugated spectators« relativ rasch zu verlassen, ihre Massenrekrutierung erfolgte aber in keinem der fünf Dominions, wobei Ängste vor aus dem Kriegsdienst abgeleiteten politischen Forderungen oder gar revolutionären Umwälzungen in unterschiedlicher Weise mitspielten und naturgemäß in der Südafrikanischen Union mit ihrer indigenen Bevölkerungsmehrheit am größten waren. In absoluten Zahlen an der Spitzte stand bei den Rekrutierungen Südafrika mit über 102 000 Schwarzen, die indessen lediglich 2 Prozent der gesamten schwarzen Bevölkerung ausmachten und nur als unbewaffnete Kriegsarbeiter zum Einsatz gelangten. Relativ gesehen rekrutierte Neuseeland mit 5,3 Prozent der Maori-Bevölkerung die meisten Indigenen.

Das folgende Kapitel befasst sich mit indigenen Kriegserfahrungen in Europa und wertet dazu auch Selbstzeugnisse aus, während ein weiterer Abschnitt die »Heimatfront« beleuchtet und sowohl kriegsbezogene Tätigkeiten indiger Frauen und Männer als auch die anhaltenden Diskriminierungen und (teilweise mit der Kriegssituation legitimierten) Landeignungen diskutiert. Ein letzter, mit dem bezeichnenden Titel »Peace with prejudice« überschriebener Absatz widmet sich den aus indiger Sicht ernüchternden Resultaten des Kriegseinsatzes und resümiert die weitere Entwicklung der Indigenenpolitik in den einzelnen Dominions nach 1918.

Insgesamt hat der Verfasser ein Buch vorgelegt, das aufgrund seiner umfassenden und systematisch komparativen Perspektive sowie seiner imposanten quellenmäßigen Abstützung bereits jetzt als ein Standardwerk bezeichnet werden kann.

Christian Koller

*Winfried Becker*, Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 362 S. (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 83), EUR 54,95 [ISBN 978-3-525-36076-7]

*Frederic von Rosenberg*. Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937. Hrsg. und eingel. von Winfried Becker, München: Oldenbourg 2011, 594 S. (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, 66), EUR 98,00 [ISBN 978-3-486-70103-6]

Was macht einen Berufsdiplomaten, der gerade einmal neun Monate Außenminister der Weimarer Republik im kurzlebigen Kabinett Cuno (1922/23) gewesen war, bedeutsam genug für ein so aufwendiges Unterfangen wie eine gleichzeitige Bio-